



PUA

über die
3. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
am Donnerstag, dem 01.07.2010
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:15 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Thomas Blaschke
Frau Marion Dyduch
Herr Andreas Friedhoff
Herr Dieter Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Martin Köhler
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Ursula Müller
Herr Klaus Slomiany
Herr Udo Theimann

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Ralf Eisenhardt
Frau Ina Scharrenbach
Herr Ernst-Dieter Standop

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Anke Schneider

FDP

Frau Heike Schaumann

DIE LINKE / GAL

Herr Gerrit Naujoks

fraktionslos

Herr Dieter Kloß

Sachverständige gem. Beschluss des Planungs- u. Umweltausschusses

Herr Heinrich Hellekemper
Frau Dip.-Ing. Anika Michalik

Verwaltung

Herr Matthias Breuer
Herr Reiner Brüggemann
Frau Monika Holtmann
Herr Josef Jungmann
Herr Uwe Liedtke
Herr Jens Neunert

Gäste

Frau Althoff, Lippeverband
Herr Dr. Höfer, GID

Entschuldigt fehlten

Herr Cetin Bahcekapili
Herr Heinrich Kissing
Frau Susanne Middendorf
Herr Herwig Rabeneck
Herr Karl-Heinz Stoltefuß
Herr Theodor Wältermann

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation zur Sitzung am 01.07.2010 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Zuhörer, Gäste sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Zunächst wies Herr **Lipinski** auf die Änderungen in der Verwaltungsspitze hin. Nach dem Ausscheiden von Herrn Baudrexl wurde der Aufgabenbereich Planung, Bauen, Umwelt an den Beigeordneten Reiner Brüggemann übertragen. Er begrüßte ihn zu seiner ersten Ausschusssitzung im Rahmen seiner neuen Funktion.

A. Öffentlicher Teil

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes | Vorlage |
|-----|--|----------|
| 1 | Projekt Future Cities - urban networks to face climate change Vorstellung des Gesamtförderprojektes sowie des Pilotprojektes des Lippeverbandes "Grün-blauer Korridor am Heerener Mühlbach" durch Frau Althoff, Lippeverband, Essen | |
| 2 | Umgestaltung Bahnhofsumfeld hier: Sachstandsbericht der Verwaltung sowie Bericht des Geotechnik-Institutes Dr. Höfer, Dortmund, zum Altlastenfund in der Bahnhofstraße / Westicker Straße | |
| 3 | Maßnahmen der Stadt Kamen zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II hier: Sachstandsbericht der Verwaltung | |
| 4 | 1. Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen - Energieversorgung - hier: Stellungnahme der Stadt Kamen | 050/2010 |
| 5 | Fahrradfreundliche Stadt hier: Bericht der Verwaltung | |
| 6 | Bauvorhaben im Stadtgebiet hier: Bericht der Verwaltung | |
| 7 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |

B. Nichtöffentlicher Teil

| TOP | Bezeichnung des Tagesordnungspunktes | Vorlage |
|-----|---|---------|
| 1 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen | |
| 2 | Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung | |

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Projekt Future Cities - urban networks to face climate change
Vorstellung des Gesamtförderprojektes sowie des Pilotprojektes des Lippeverbandes "Grün-blauer Korridor am Heerener Mühlbach" durch Frau Althoff, Lippeverband, Essen

Herr **Lipinski** begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Althoff, Lippeverband.

Eingangs wies Herr **Liedtke** auf das wichtige und bedeutende europäische Kooperationsprojekt und insbesondere die Rolle des in Heeren-Werve vom Lippeverband geplanten Projektes „Grün-blauer Korridor am Heerener Mühlbach“ hin.

In einem ausführlichen Vortrag informierte Frau **Althoff** sowohl über das Gesamtprojekt „Future Cities – urban networks to face climate change“ als auch über das Pilotprojekt des Lippeverbandes „Grün-blauer Korridor am Heerener Mühlbach (Einzelheiten dazu s. Präsentation S. 2 – 21). Ein Flyer zum Gesamtprojekt wurde an die anwesenden Ausschussmitglieder in der Sitzung verteilt.

Herr **Diederichs-Späh** erinnerte an die im Rahmen der Seseke-Renaturierung geführten Diskussionen zum Hochwasserschutz. Er erkundigte sich, ob die geplante Einleitung des Niederschlagwassers in den Heerener Mühlbach Änderungen der Ausbauplanung zur Folge hätte. Insgesamt begrüßte er das Projekt, da die Einleitung von Mischwasser ins Kanalnetz vermieden würde. Er fragte nach, ob der verminderte Wassereintrag in die Kanäle zu einer Verockerung der Kanäle führen könnte.

Dazu erläuterte Frau **Althoff**, dass diese Maßnahme keine Änderungen des Hochwasserschutzes für die Seseke zur Folge habe. Durch vorgesehene Rückhaltesysteme (z. B. Kortelbach), die Profilaufweitung, verlangsamte Fließgeschwindigkeit und Vegetation sei der Hochwasserschutz gegeben. Zur angesprochenen Kanalproblematik könne sie keine Aussagen machen.

Herr **Kühnapfel** bedankte sich für den spannenden Vortrag. Es seien viele Gedanken zu Klimawandel und möglichem Engagement aufgezeigt worden. Er erkundigte sich, ob auch die Entwässerungsproblematik der landwirtschaftlichen Flächen in die Untersuchung einbezogen wurden.

Diesbezüglich teilte Frau **Althoff** mit, dass sich dieses Projekt auf „Städte“ beschränke.

Auf Nachfrage von Herrn **Krause** zur Projektfinanzierung führte Frau **Althoff** aus, dass das Projektbudget von 11 Mio. € von der EU im Rahmen des InterregIVB-Programmes mit 5,5 Mio. € (also zu 50 %) gefördert wird. Die verbleibenden 50 % werden auf die Projektentwickler (Lippeverband, Kommune, Investor oder auch mehrere Akteure) verteilt.

Hinsichtlich des Projektes des Lippeverbandes in Heeren-Werve erkundigte sich Frau **Dyduch** nach den Hintergründen der Auswahl dieses Projektes. Ergänzend fragte Herr **Eisenhardt** nach der Einbindung der Anwohner.

Frau **Althoff** ging zunächst nochmals auf das Gesamtprojekt ein. Der Heerener Mühlbach wird über eine Länge von 2,14 km im Kamener Stadtgebiet ökologisch verbessert. Ziel ist es, die ökologische Umgestaltung mit der naturnahen Bewirtschaftung von Regenwasser zu verbinden. Dadurch werden blau-grüne Korridore geschaffen, die sich positiv auf lokale Klimaextreme auswirken. Durch die Ableitung des Regenwassers wird der natürliche Wasserkreislauf auch im Trockenwetterfall ausgeglichen und die Verdunstung verbessert das Mikroklima. Des Weiteren wird die ökologische Funktion des Gewässers gestärkt. Das Klima der bebauten Umgebung wird deutlich verbessert. Der ausgewählte Bereich des Heerener Mühlbachs mit der Bebauung schafft diese Möglichkeiten der Ableitung von Regenwasser mit teilweise geringem Aufwand. Einbezogen sind etwa 80 anliegende Gebäude und Grundstücke mit einer insgesamt versiegelten Fläche von 1,1 ha. Das Regenwasser soll dem ökologisch umgestalteten Heerener Mühlbach zugeschlagen werden. Den Anwohnern soll deutlich gemacht werden, wie jeder Einzelne Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel individuell umsetzen kann. Das Projekt wird seitens der Stadt Kamen vom Eigenbetrieb Stadtentwässerung begleitet. Es sei ein umsichtiger Umgang mit dem Bürger geplant. In der ersten Phase sollen die Bürger angeschrieben werden und Informationen zum Projekt erhalten. Die zweite Phase sieht eine ausführliche Bürgerinformationsveranstaltung vor Ort vor.

Herr **Liedtke** hob hervor, dass nicht damit zu rechnen sei, dass die gesamte Flächenentwässerung abgekoppelt werde, sondern eine gewisse Entflechtung zu erwarten sei. Die Beteiligung an dem Projekt sei für die Grundstückseigentümer freiwillig.

Ferner wies er darauf hin, dass mit Bezug auf die Kooperation mit dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung Kamen diese Thematik auch fachlich dem Betriebsausschuss zugeordnet werde. In Anbetracht der Zeitschiene, der Lippeverband möchte mit der Umsetzung des Projektes beginnen, sei zunächst die Projektvorstellung im Planungs- und Umweltausschuss erfolgt. In die Thematik eingebunden werde jedoch auch der Betriebsausschuss, in dem Zwischenberichte gegeben und Ergebnisse des Projektes vorgestellt werden sollen.

Frau **Scharrenbach** fragte nach, ob der vom Lippeverband aufzubringende Eigenanteil für das Pilotprojekt Auswirkungen auf die Höhe der Lippeverbandsumlage habe.

Dieses qualifizierte Projekt der Regenwasserabkopplung werde aus nichtumlagefähigen Eigenmitteln des Lippeverbandes finanziert, entgegnete Frau **Althoff**.

Zur Anfrage von Herrn **Diederichs-Späh** zu möglichen Auswirkungen des Projektes auf den Grundwasserspiegel erläuterte Frau **Althoff**, dass vorab eine Prüfung des Grundwasserspiegels und entsprechende Auswertung durch einen Gutachter (Ing.-Büro Kaiser) erfolgen werden. Die Anwohner sollen informiert werden, bevor die Untersuchungen anlaufen.

Herr **Lipinski** bedankte sich bei Frau **Althoff** für den informativen Vortrag. Eine Funktion des Planungs- und Umweltausschusses sei es, dieses Projekt an die betroffenen Bürgerinnen und Bürger heranzutragen, um damit hervorzuheben, welchen Beitrag der Einzelne zum Klimaschutz leisten könne.

Zu TOP 2.

Umgestaltung Bahnhofsumfeld

hier: Sachstandsbericht der Verwaltung sowie Bericht des Geotechnik-Institutes Dr. Höfer, Dortmund, zum Altlastenfund in der Bahnhofstraße / Westicker Straße

Herr **Liedtke** erklärte zunächst, dass die Baumaßnahme „Umgestaltung Bahnhofsumfeld“ grundsätzlich weiterlaufe. Der Bürgermeister habe im Rat bereits über den Altlastenfund im Bereich Bahnhofstraße / Westicker Straße berichtet. Das Ingenieurbüro GID Dr. Höfer GmbH, Dortmund, hat Untersuchungen zur Gefahrenermittlung und Gefährdungsabschätzung durchgeführt und wird die Ergebnisse dazu vorstellen. Das Büro wird des Weiteren ein Sanierungskonzept erarbeiten. Durch den Altlastenfund sei eine Verschiebung der Bauabschnitte erfolgt, so dass davon auszugehen sei, dass keine wesentlichen Verzögerungen eintreten werden. Das Parkhaus werde am 16.07.2010 durch den Bürgermeister eröffnet.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Herr **Lipinski** Herrn Matthias Höfer vom Büro GID Dr. Höfer GmbH, Dortmund.

Herr **Höfer** gab einen ausführlichen Bericht zum Sachstand „Altlastenfund Bahnhofstraße / Westicker Straße“ (s. Präsentation S. 24 – 37). Die wesentlichen Punkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- 26.05.2010: Altlast wurde im Rahmen der Bauarbeiten (starke Geruchsbelastung) entdeckt
- Flächenhistorie: ehemaliger Standort eines städt. Gaswerkes (Gewinnung von Koks u. Gas aus Steinkohle)
- Beprobung wurde durchgeführt auf kokereispezifische Parameter (PAK, BTEX, Phenole, Cyanide) – insgesamt ca. 50 Sondierungen bis zu 5 m tief
- Bodenbelastungen weisen deutlich erhöhte Werte an polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) auf (tlw. bis zu 100-fache Überschreitung der Prüfwerte)
- Flächeneingrenzung auf ca. 550 qm (Plan s. Präsentation S. 30)
- Darstellung der Schichtenprofile u. Schadstoffausbreitung (s. Präsentation S. 31 u. 32)
- Begutachtung der Grundwasserbelastung an 7 Messpunkten in einer Tiefe von 3,20 m (s. Präsentation S. 33 – 35) – Grundwasser liegt unterhalb der Belastungszone – aufgrund der geringen Fließgeschwindigkeit und der Lage keine Gefährdung des Grundwassers
- Weitere Vorgehensweise: Erstellung eines Sanierungskonzeptes in Abstimmung mit dem Kreis Unna als zuständige Altlastenbehörde und der Stadt Kamen / Beseitigung der Altlast

Erleichtert zeigte sich Herr **Lipinski** über die Aussagen, dass die Gefährdung des Grundwassers relativiert und mit der Entsorgung die Altlastenproblematik gelöst werden könne.

Zu den Ausführungen von Herrn Höfer ergänzte Herr **Liedtke**, dass das Sanierungskonzept innerhalb der nächsten zwei Wochen vorliegen soll. Die Verwaltung prüfe derzeit die Fördermöglichkeiten für die Altlastensanierung. Seitens der Bezirksregierung wurde eine grundsätzliche Förderfähigkeit bescheinigt, so dass die Förderaussichten gegeben sind. Einzelheiten zur Förderung sind jedoch noch abzustimmen. Je nach Programm (Straßenbau, Städtebau, Sanierung von Altlasten) beträgt der Fördersatz zwischen

65 bis 80 %. Ein entsprechender Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn soll mit dem Förderantrag beim Fördergeber gestellt werden. Damit ist eine zügige Sanierung unter Berücksichtigung der Gefährdung umsetzbar. Die Kosten belaufen sich nach einer ersten unverbindlichen Kostenschätzung auf ca. 300 T€ bis 500 T€. Das Sanierungskonzept wird genaueren Aufschluss über das weitere Vorgehen und die Kosten geben. Es soll in ca. 2 Wochen vorliegen. Für die Sanierungsarbeiten wird mit einer Dauer von ca. 1 Monat gerechnet.

Frau **Schaumann** erkundigte sich, ob der sich die zu sanierende Fläche im Bereich der Kreisstraße K 40 befände und über welche Förderbereiche eine Zuwendung beantragt werden könnte.

Dazu erläuterte Herr **Liedtke**, dass sich der belastete Bereich in einem Ast der K 40 befände, der in den 90er Jahren in die Baulast der Stadt Kamen übernommen wurde. Der Kreis Unna sei zwar noch als Eigentümer eingetragen, jedoch sei mit der Übernahme der Straßenbaulast das Eigentum für diesen Ast gem. gesetzlicher Regelung (Straßen- u. Wegegesetz NRW) auf die Stadt Kamen übergegangen. Darüber hinaus sei die Stadt Kamen auch aufgrund der historischen Nutzung (städt. Gaswerk) für die Beseitigung der Altlast zuständig. Der Kreis sei ordnungsbehördlich als zuständige Altlastenbehörde am Verfahren beteiligt. In Bezug auf die Förderung sei die Stadt Kamen derzeit im Abstimmungsgespräch mit der Bezirksregierung. Mögliche Förderbereiche sind Städtebau, Straßenbau oder Altlastensanierung. Ein entsprechender Förderantrag wird durch die Verwaltung zur Finanzierung der Altlastensanierung gestellt.

Die Aussichten auf eine mögliche Förderung beurteilte Frau **Dyduch** positiv. Aufgrund der Haushaltssituation lasse sich eine solche Sanierung nicht ohne Förderung finanzieren. Sie erkundigte sich, ob die Sanierungsmaßnahme Auswirkungen auf den Gesamtablauf der Baumaßnahme Bahnhofsumfeld habe.

Unter der Voraussetzung, dass eine zügige Beseitigung der Altlasten erfolgen kann, der Fördergeber also einem vorzeitigen Maßnahmebeginn zustimmt, kann der Bauzeitenplan nach derzeitigem Stand eingehalten werden, erklärte Herr **Liedtke**. Es wurde eine Anpassung aufgrund des Altlastenfundes erforderlich, indem eine Verschiebung der Arbeiten auf andere Baustellenabschnitte im Kanal- und Straßenbau erfolgte. Die beauftragte Firma konnte in anderen Bereichen weiterarbeiten.

Herr **Kühnapfel** erkundigte sich, weshalb keine wesentliche Belastung über den Grundwasserspfad bestünde.

Diesbezüglich wies Herr **Höfer** auf die Belastungsverteilung im Boden und die geringe Fließgeschwindigkeit des Grundwassers hin. Dadurch sei die Verteilung insgesamt begrenzt.

Herr **Kühnapfel** gab zu bedenken, dass eine Gefährdung über einen längeren Zeitraum bei steigendem Grundwasserspiegel nicht auszuschließen sei.

Dazu merkte Herr **Lipinski** an, dass eine möglichst schnelle Beseitigung der Altlast erfolgen müsse, um eine Gefährdung auszuschließen.

Durch die starke Geruchsbelästigung sei von einer Gefährdung durch Gasaustritt bei der Altlastenentsorgung auszugehen, merkte Herr **Diederichs-Späh** an.

Rechnung getragen werde dieser Problematik durch das Sanierungskonzept, erklärte Herr **Höfer**. Über dem Sanierungsbereich werde ein Zelt mit Schleusen und Entlüftungssystem über Filter errichtet. Die belasteten Böden kämen in abgeschlossenen Behälter. Eine Ausgasung in den Außenbereich werde dadurch verhindert.

Herr **Hellekemper** berichtete aus seinem Arbeitsleben über seine Erfahrungen mit dem Umgang mit Teeröl sowie die vielseitige Verwendung. Er verstehe diese Aufregung um die Gefahren nicht. Seiner Einschätzung nach reiche das Abfahren u. Verbrennen aus.

Herr **Liedtke** und Herr **Höfer** wiesen nachdrücklich auf die heutigen Erkenntnisse hin. PAK ist in hohem Maße giftig und krebserregend. Die Sicherheitsvorkehrungen bei der Sanierung sind unbedingt erforderlich. Ein Sanierungskonzept sei zu erarbeiten und entsprechend umzusetzen. Es gäbe keine Alternative aufgrund der starken Immissionen.

Herr **Lipinski** wies auf den festgestellten Gefährdungsgrad hin und stellte fest, dass eine sach- und fachgerechte Entsorgung der Altlast erfolgen müsse.

Auf Nachfrage von Herrn **Kloß**, ob alle möglichen Hohlräume erfasst worden seien, erläuterte Herr **Höfer**, dass ein enges Untersuchungsrastraster angelegt worden sei.

Abschließend merkte Herr **Lipinski** an, dass der Planungs- und Umweltausschuss in der September-Sitzung über den weiteren Verlauf der Altlastensanierung informiert werde.

Zu TOP 3.

Maßnahmen der Stadt kamen zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II hier: Sachstandsbericht der Verwaltung

Zunächst gab Herr **Neunert** folgende Sachstandsinformationen zu den Baumaßnahmen:

- Städtebauliche Umgestaltung Nordenmauer:
 - Leistungsverzeichnis wird derzeit durch Ingenieurbüro erstellt
 - Baubeginn ist abhängig von der Hochbaumaßnahme
- Umgestaltung Kreisverkehrsinsel Methler (Robert-Koch-Straße/Germaniastraße)
 - Planung s. Präsentation S. 39
 - Baumaßnahme wurde durch den Eigenbetrieb Stadtentwässerung ausgeschrieben (Tiefbau- u. Kanalbaumaßnahme)
 - Submissionstermin: 08.07.2010
 - Beginn mit Kanalbauarbeiten
 - detaillierter Bericht in der Sitzung des PUA im September

- Städtebauliche Umgestaltung Kreuzungsbereich Märkische Straße/Mittelstraße
 - Planung s. Präsentation S. 40
 - Ausschreibung läuft
 - Submissionstermin: 06.07.2010
 - Baubeginn: Juli 2010
 - Bauzeit: ca. 8 Wochen
 - Vollsperrung während der Bauzeit

- Unterführung Poststraße / Unnaer Straße
 - Planung s. Präsentation S. 41
 - Ausschreibung ist erfolgt
 - Submissionstermin: 01.07.2010
 - Angebote werden derzeit geprüft u. ausgewertet
 - Baubeginn erfolgt in Abstimmung mit der Baumaßnahme Bahnhofsumfeld
 - Bauzeitenplan ist im Detail mit dem Unternehmen abzustimmen, das den Auftrag erhält
 - erforderliche Vollsperrungen sollen nach Möglichkeit in den Schulferien erfolgen

Zur Baumaßnahme „Unterführung“ ergänzte Herr **Liedtke**, dass nach derzeitigem Stand jeweils eine Sperrung von zwei Wochen in den Sommer- und den Herbstferien vorgesehen sind. Um für Fußgänger und Menschen mit Behinderung eine Verbindungsmöglichkeit zwischen Südkamen und Kamen-Mitte (Bahnhof) zu schaffen, soll eine zusätzliche Haltestelle der Linie C 22 an der Sparkasse eingerichtet werden. Für Radfahrer wird eine entsprechende Umleitungsstrecke über die Schäferstraße ausgeschildert.

Auf die Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh** zum Sachstand der Baumaßnahme Nebenraumprogramm Eichendorffschule verwies Herr **Brüggemann** an Schul- und Sportausschuss, der als Fachausschuss diese Maßnahme begleite.

Zu TOP 4.
050/2010

1. Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen – Energieversorgung -
hier: Stellungnahme der Stadt Kamen

Zunächst wurde der zu diesem Tagesordnungspunkt eingegangene gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 01.07.2010 an die Ausschussmitglieder in Kopie verteilt.

Herr **Lipinski** wies auf den eingegangenen Antrag hin.

Sodann begründete Herr **Diederichs-Späh** den vorliegenden Antrag.

Nach Einschätzung der SPD-Fraktion werde die neue Landesregierung sicherlich den vorliegenden Entwurf des LEP nochmals neu bewerten, erklärte Frau **Dyduch**. Seitens der Stadt Kamen sei jedoch eine Stellungnahme im Rahmen des formalen Verfahrens abzugeben. Die Nutzung der Kerntechnologie als Brückentechnologie entsprechend der Formulierung im Antrag von CDU- und FDP-Fraktion werde von der SPD-Fraktion abgelehnt. Die SPD-Fraktion unterstützt die vorliegende Verwaltungsvorlage.

Herr **Kühnapfel** schloss sich den Ausführungen von Frau Dyduch an. Auch er erwarte von der neuen Landesregierung einen neuen Entwurf des LEP mit anderen Prioritäten. Seiner Meinung nach sei Kernkraft nicht diskutabel (Hinweis auf Asse). Auch seine Fraktion trage die Stellungnahme der Stadt Kamen mit.

Daraufhin wies Herr **Diederichs-Späh** auf den hohen Anteil der Kernenergie an der Gesamtversorgung hin, und dass deshalb s. E. ein Ausschluss von Kernenergie nach jetzigem Stand nicht möglich sei. Er bat um Abstimmung des vorliegenden Antrages von CDU u. FDP.

Herr **Lipinski** entgegnete, dass dies aufgrund der geäußerten Stellungnahmen zum Antrag nicht zielführend sei und ließ über die Beschlussvorlage der Verwaltung abstimmen.

Ergebnis des Mitwirkungsverbot gem. § 31 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (in der derzeit gültigen Fassung)

Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befangen.

Beschluss:

Der Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Kamen nimmt den Bericht zur 1. Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalens (LEP NRW) – Energieversorgung – zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die als Anlage beigefügte Stellungnahme abzugeben.

Abstimmungsergebnis: bei 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung
mehrheitlich angenommen

Zu TOP 5.

Fahrradfreundliche Stadt
hier: Bericht der Verwaltung

Dazu teilte Herr **Breuer** mit, dass der Kreis Unna in Kürze eine Beschilderung für die Routen Radkreis Unna vornehmen wird (Gesamtübersicht s. Präsentation S.44). Die Beschilderung des Kreises wird auch in einem Teilbereich von Heeren-Werve durchgeführt (Einzeldarstellung s. Präsentation S. 45). Teilweise gibt es Überschneidungen mit dem von der Stadt Kamen aufgestellten Beschilderungskonzept. Der Kreis Unna wird nach den Sommerferien seine Beschilderung anbringen. Die Stadt Kamen wird danach die erforderlichen Beschilderungen in Heeren-Werve ergänzen und so das beschlossene Beschilderungskonzept der Stadt Kamen weiter umsetzen.

Die Stadt Kamen hat bei der Bezirksregierung Arnsberg einen Förderantrag für die Öffentlichkeitsarbeit Radverkehr für das Programmjahr 2011 gestellt, informierte Herr **Breuer**. Ein Betrag in Höhe von 12.500 € soll für die Erstellung eines Fahrradstadtplanes sowie Fahrradaktionen u.a. an Schulen (Thema Licht) im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden. Die Zuwendung beträgt 80 %. Der von der Stadt Kamen aufzubringende Eigenanteil liegt damit bei 2.500 €. Diese Aktivitäten stehen im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft der Stadt Kamen in der Arbeitsgemeinschaft fahrrad-

freundlicher Städte, Gemeinden u. Kreise in NRW (kurz: AGFS).

Herr **Breuer** gab bekannt, dass die von der Stadt Kamen beantragte Bau-
maßnahme „Radweg Henry-Everling-Straße“ in das Förderprogramm 2010
aufgenommen wurde. Der Zuwendungsbescheid wird jedoch erst ausge-
fertigt, wenn die Erklärung zur Übernahme des Eigenanteils seitens der
Stadt Kamen gegenüber dem Fördergeber abgegeben werden kann.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, wann der Seseke Radweg fertig
gestellt wird (derzeit nur Schotteroberfläche).

Dazu erläuterte Herr **Breuer**, dass aufgrund des Winters ein Bauverzug
eingetreten sei, der Radweg abschnittsweise ausgebaut werde. Aufgrund
des Projektes „Über Wasser gehen“ sei die Oberfläche zunächst provisoi-
risch hergerichtet worden. Abschließend wird der Radweg eine Dolomit-
Sand-Decke erhalten. Zum Realisierungszeitpunkt konnte er keine Angabe
machen.

Zu TOP 6.

Bauvorhaben im Stadtgebiet
hier: Bericht der Verwaltung

6.1

Seitens der GWA wurde die Errichtung einer Umladestation für Hausmüll
auf dem Gelände an der Mühlhauser Straße in Heeren-Werve bei der Be-
zirksregierung Arnsberg beantragt, informierte Herr **Brüggemann**. Eine
entsprechende Information der Bezirksregierung ist am 21.06.2010 bei der
Stadt Kamen, mit der Bitte um Stellungnahme der Stadt im Zuge des Betei-
ligungsverfahrens, eingegangen. Die Verwaltung werde die Angelegenheit
sorgfältig prüfen und die Ergebnisse - nebst vorgeschlagener Stellungnah-
me - in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses im September
vorstellen. Eine Fristverlängerung ist durch die Verwaltung bei der Bezirks-
regierung beantragt worden.

Herr **Eisenhardt** erkundigte sich, wie der Umgang in der Öffentlichkeit, die
Einbindung der Bürger sowie der Umgang mit der Bürgerinitiative erfolgen
solle.

Herr **Brüggemann** erläuterte, dass die Verwaltung die parlamentarischen
Strukturen begleiten werde, und da hinein auch eine Information der
Öffentlichkeit zu organisieren sei.

Ergänzend fügte Herr **Lipinski** hinzu, dass er es als selbstverständliche
Aufgabe der politischen Parteien ansehe, die Diskussion und Abstimmung
mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen. Auch Herr Krause (CDU,
Kreistag) verfüge über entsprechende Informationen, um agieren zu kön-
nen.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich nach der Rechtsgrundlage.

Dazu führte Herr **Liedtke** aus, dass es sich um ein Verfahren nach
BlmSchG handele. Zuständige Genehmigungsbehörde sei die Bezirks-
regierung.

6.2

Herr **Liedtke** teilte mit, dass für das Senioren-Wohnprojekt in Methler Anfang der Woche die Baugenehmigung erteilt wurde. Der erste Spatenstich erfolgt am 15.07.2010.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

7.1 Mitteilungen der Verwaltung

7.1.1

Zur Bürgeranregung „Bauvorhaben Im Telgei“ aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses informierte Herr **Liedtke**, dass – wie angekündigt – ein Ortstermin mit Beteiligung von Bauaufsicht, Bauherr und Architekt stattgefunden habe. Die Aufträge für die durchzuführenden Arbeiten seien zwischenzeitlich vom Bauherren erteilt. Die Hochbauarbeiten sollen vorangetrieben werden. Der Beginn der Bauarbeiten ist ab der 3. Juliwoche d. J. vorgesehen. Die Grundwasserpegel wurden vom Eigenbetrieb Stadtentwässerung Kamen eingerichtet. Die Messergebnisse zeigen stabile Stände, d. h. nennenswerte Schwankungen des Grundwasserspiegels wurden nicht festgestellt.

7.1.2

Unter Bezugnahme auf die Anfrage von Herrn Kühnapfel aus der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 26.04.2010 zum Röhrichschnitt im Westicker Feld, teilte Herr **Liedtke** mit, dass nach Recherche des Kreises Unna der Rückschnitt durch den Modellflugclub RC Kamen aus Unwissenheit und aufgrund des langen Winters erst nach dem 1. März durchgeführt wurde. Der Kreis hat mitgeteilt, den Modellflugclub über die gesetzlichen Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes informiert zu haben. Der Modellflugclub habe daraufhin zugesagt, die Bestimmungen zukünftig einzuhalten.

7.1.3

Herr **Liedtke** teilte mit, dass seitens der Bezirksregierung Arnsberg die Kreise, kreisangehörigen und kreisfreien Städte zu einem ersten Informationsgespräch zum Thema „Luftreinhalteplan“ für den 13.07.2010 eingeladen wurden. Die Verwaltung werde darüber dem Planungs- und Umweltausschusses in einer der nächsten Sitzungen berichten.

7.1.4

Zu dem im integrierten Handlungskonzept beschlossenen Projekt „Bahnhofstraße 46, Erweiterung Familienbande“ laufen derzeit noch interne und externe Abstimmungsgespräche zu Projektvorbereitung und –umsetzung. Eine abschließende Vorstellung des Gesamtprojektes ist daher zur Zeit noch nicht möglich. Die Verwaltung wird das Projekt zu gegebener Zeit vorstellen, gab Herr **Brüggemann** bekannt.

7.1.5

Zwischenzeitlich hat die Verwaltung mit dem zuständigen Baulastträger Straßen NRW über die Errichtung einer Querungshilfe Dortmundener Allee im Bereich Borsigstraße / Hansastraße Rücksprache genommen, informierte Herr **Liedtke**. Eine zügige Umsetzung ist vorgesehen, möglicherweise noch in den Sommerferien.

7.2 Anfragen

7.2.1

Frau **Scharrenbach** erkundigte sich, ob für die Dortmundener Allee in Bezug auf den Lärmaktionsplan Flüsterasphalt eingebaut wird.

Herr **Liedtke** wies darauf hin, dass die Dortmundener Allee nicht Gegenstand der ersten Stufe der Lärmaktionsplanung sei. Die Verwaltung habe lediglich den Knotenpunkt Dortmundener Allee / Unnaer Straße in die Betrachtung zum LAP 1. Stufe einbezogen. Der Entwurf des LAP liegt Straßen NRW vor. Eine Planung über den Umbau der Ortsdurchfahrt Dortmundener Allee bestehe bereits seit über 25 Jahren. Die Umsetzung sei jedoch immer noch nicht zeitlich abzusehen. Für die Querungshilfe werde lediglich ein ca. 50 m langer Streifen angepasst. Im Ergebnis werden notwendige Reparaturarbeiten im Rahmen des Jahresunterhaltungsvertrages in kleinen Abschnitten durchgeführt. Dafür werde kein Flüsterasphalt eingebaut – partiell mache es keinen Sinn.

7.2.2

Herr **Kühnapfel** wies darauf hin, dass im Rahmen eines Antrages seiner Fraktion zum Klimaschutz beschlossen wurde, dass seitens der Verwaltung eine regelmäßige Berichterstattung im Planungs- und Umweltausschuss über den CO₂-Ausstoß des städtischen Fuhrparkes erfolge. Bisher sei noch keine entsprechende Berichterstattung vorgenommen worden.

Herr **Liedtke** sagte eine entsprechende Berichterstattung in einer der nächsten Sitzungen des Planungs- und Umweltausschusses zu.

7.2.3

Frau **Scharrenbach** bat um einen Sachstandsbericht zu den aktuellen Planungen für das ehemalige Hertie-Gebäude.

Die Verwaltung werde regelmäßig im Wirtschafts- und Planungs- u. Umweltausschuss berichten, erklärte Herr **Brüggemann**. Die weitere Entwicklung sei zunächst abzuwarten. Der Verwaltung lägen derzeit noch keine neuen Planungen vor.

7.2.4

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich nach neuen Informationen zur Verbreiterung des Bahnsteiges am Bahnhof in Kamen-Methler und wies auf Probleme hinsichtlich der Regelmäßigkeit der Lautsprecherdurchsagen hin.

Diesbezüglich informierte Herr **Liedtke**, dass nach aktuellen Gesprächen mit dem ZRL der Bahnsteig Richtung Dortmund in einem Abschnitt verbreitert werden soll. Er hoffe auf eine zeitnahe Realisierung. Ergänzend teilte er mit, dass die Treppenlifte am Bahnhof Kamen-Mitte aufgrund der aktuellen Vorkommnisse nun doch schnellstmöglich repariert werden. Die Sanierung der anderen Strukturen des Bahnhofs Kamen (Erhöhung des Hausbahnsteiges, Bahnsteigverlängerung, Aufzüge, Überdachung des Mittelbahnsteiges, Änderung der Treppenanlagen auf 2,40 m Breite) soll bis Ende 2011 erfolgen. Die Bauzeit soll ca. 9 Monate betragen.

7.2.5

Herr **Eisenhardt** bat um Sachstandsmitteilung zu Veränderungssperre und Bebauungsplan Gutenbergstraße.

Herr **Liedtke** sagte entsprechende Informationen nach der Sommerpause zu. Darüber hinaus kündigte er an, dass auch eine Änderung des Bebauungsplanes Henry-Everling-Straße vorgesehen sei.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Liedtke
Schriftführer